

Protokoll des Treffens der AG Neoliberale Politik und Gemeinwohl am 22.6.2016 im Jubez

Anwesende: Martin, Wolfgang D., Ekkehard (Protokoll)

Entschuldigt: Hans-Peter

TOP 1 Aktuelles zu CETA, TTIP

a) Gute Aussichten für KA:

Gemeinderatsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, KULT sowie

EinzelstadträtInnen von DIE LINKE stellen den **Interfraktionellen Antrag**:

Unterzeichnung der „Barcelona-Erklärung“ vom 21. April 2016: CETA nicht ratifizieren, TTIP- und TISA-Verhandlungen stoppen

Interfraktioneller Antrag:

1. Die Stadt Karlsruhe schließt sich der „Barcelona-Erklärung“ vom 21. April 2016 an.
2. Die Stadt Karlsruhe setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die derzeitigen Verhandlungen über TTIP und TISA ausgesetzt werden und ein neues Mandat ausgehandelt wird.
3. Die Stadt Karlsruhe setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass das Europäische Parlament, der Europäische Rat und die nationalen Regierungen CETA nicht ratifizieren.

Weiteres unter:

<http://www.kult-fraktion.de/2016/06/21/ceta-nicht-ratifizieren-ttip-und-tisa-verhandlungen-stoppen/>

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat müsste dieser Antrag glatt durchgehen! -> **Ist auch durchgegangen!!**

Link zur „Barcelona-Erklärung“: <https://www.ttip-free-zones.eu/node/70>

b) Hinweis von Wolfgang auf die Briefaktion an Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Gabriel sowie die EU-Abgeordneten für den jeweiligen Wahlkreis und das Bundesland.

Es gibt zu allen DREI BRIEFEN (Merkel, Gabriel und EU-Abgeordnete) je eine VORLAGE unter: <http://direktkandidaten.info/eintraege/5>

c) Wolfgang berichtet über eine Studie der Karlsruher Wasserwerke über die Risiken und Gefahren des CETA-Abkommens im Hinblick auf kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft. Sie wird an die anderen relevanten Verbände verschickt werden.

Näheres dazu unter:

<https://www.stadtwerke-karlsruhe.de/swk/presse/meldungen/2016/20160607.php>

<http://www.lebensraumwasser.com/2016/06/16/bedrohen-ceta-und-ttip-unser-wasser-studie-der-stadtwerke-karlsruhe-klaert-auf/>

d) Der Stand der Auseinandersetzungen um eine vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens wird diskutiert. Die EU-Kommission will eine Einordnung als "EU-only relevant" durchsetzen, damit die Zustimmung der nationalen Parlamente umgangen werden kann.

- e) Martin berichtet über Vorbereitungen zu "Sandwich-Man"-Einsätzen gegen CETA beim Durlacher Straßenfest, beim Lindenblütenfest (Gutenbergplatz) und beim Peter-und-Paul-Fest in Bretten.

TOP 2 Reform der Erbschaftssteuer: Koalitionsvereinbarung

Die Erbschaftssteuer könnte, wenn sie entsprechend dimensioniert und konsequent erhoben würde, ein wesentliches Instrument gegen die empörenden und weiter wachsenden Ungleichheiten in der Vermögensverteilung sein. Davon sind wir auch in Deutschland weit entfernt, und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende 2014 forderte (bis spätestens Juli 2016) auch lediglich Korrekturen der steuerlichen Bevorzugung bei der Vererbung von Unternehmensvermögen gegenüber Privatvermögen.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf der Koalitionsregierung wird nur wenig ändern, und es ist fraglich, ob er vom Verfassungsgericht akzeptiert würde. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der Gesetzentwurf bereits im Bundesrat scheitern wird.

Weiteres dazu unter:

<http://www.attac-netzwerk.de/karlsruhe/neuigkeiten/detailansicht/news/erbschaftsteuer-offener-brief-an-finanzminister-der-laender-1/>

<http://www.attac.de/kampagnen/umverteilen/erbschaftssteuer/>

TOP 3 Flüchtlingsproblematik

Die globale Situation hat mit inzwischen 65 Millionen (Binnen- und Außen-) Flüchtlingen einen erschreckendes Ausmaß erreicht. Die Verteilung über die Länder und Weltregionen ist in einem TAZ-Schwerpunkt (TAZ vom 20.6.2016) dargestellt.

Die Betrachtung der politischen Situation und Entwicklung verheißt wenig Hoffnung auf baldige Besserung.

Was halten wir als Attac für vordringlich:

1. Reduktion von Rüstungsproduktion, Waffenhandel und Kriegseinsätzen
2. Öl- und anderen Ressourcenverbrauch und Klimaschädigung reduzieren
3. Fairer Handel statt Freihandel, Wirtschaftspolitik für Abbau der Ungleichheiten

Nächstes NPuG- Treffen:

Mittwoch, 27.7.2016, 18 Uhr, im Jubez